



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreigespaltene Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Inhalt: Der Kampf der Bergknappen. — Wert und Unwert lokaler oder zentraler Tarifverträge? — Interessengemeinschaft der Arbeiterklasse. — Feuilleton: Streit und Solidarität. (I.) — Rundschau.

Beilage: Aus der Invaliden-Versicherung. — Der achte Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910. — Rundschau.

Für die Woche vom 17. bis 23. März 1912 ist die Beitragsmarke in das mit 12 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Der Kampf der Bergknappen.

Das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe der Welt erzittert zurzeit unter den wuchtigen Schlägen, die ihm durch den Kampf im englischen und deutschen Kohlenbergbau versetzt werden. Seit 1. März stehen in Großbritannien 1.300.000 Bergarbeiter aller Reviere im Streik und seit Beginn dieser Woche haben auch eine Viertelmillion deutscher Bergleute im Ruhrbecken die Förderung der schwarzen Diamanten eingestellt. Die Ursachen dieser beiden von einander vollständig unabhängigen Reibebewegungen liegen hien wie drüben allein in dem wahrwidrigen Starrsinn der „Herren im Hause“, der Grubenmagnaten. In England hat die Parole „Der Lohn eines Tages für eines Tages Arbeit“ über 1¼ Millionen Bergslaven wie einen Mann zusammenschmiedet zur Erringung einer Lohngrenze nach unten — eines Minimallohns. Sie fordern keine direkte Lohnerhöhung, sondern sie wollen sich dagegen schützen, daß sie, wie es die jetzige Arbeitsmethode mit sich brachte, in schlechten Kohlenlagern für schwerste Arbeit fast keinen Verdienst erhalten. Sie wollen die jetzt üblichen Löhne in den einzelnen Revieren als Minimalgrenze nach unten festgelegt haben, um sich einestheils für ihre Arbeit einen bestimmten Mindestlohn zu sichern und damit auch die Grubenbesitzer in deren eigenstem Interesse zu veranlassen, den Bergleuten die Arbeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Aber die englischen Bergherren, die jahrein und jahraus schwere Millionenprofite durch die Arbeiter den finsternen Schächten entreißen lassen, sie denken nicht daran, von dieser Profite auch nur das geringste preiszugeben und denjenigen, die sie ihnen in harter Fron erarbeiteten, Tag und Nacht von Tod und Schrecken umbräut, ein bescheidenes Existenzminimum zuzubilligen. Damit haben sie die Millionen aus den Gruben hinausgetrieben und werden sie nicht eher zur Umkehr bewegen, ehe sie ihnen nicht ihr billiges Recht zugestehen.

Während in England der Kampf um das Prinzip des Minimallohnes tobt, haben die deutschen Bergarbeiter im Ruhrrevier unter dem Druck der stetig steigenden Verleumdung den Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenshaltung, um die Erhöhung ihrer Löhne aufgenommen. Die ganz erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise in den letzten Jahren, hervorgerufen durch die gerabezu verbrecherische Wirtschaftspolitik der

besitzenden Klassen, hat in den Bergarbeiterlöhnen keinen Ausgleich gefunden. Brot, Kartoffeln, Fleisch, alles ist teurer geworden, die Wohnungsmieten sind gestiegen, aber die Einkünfte der Bergarbeiter weisen nicht nur keine Steigerung auf, sondern sie sind zum Teil gegen frühere Jahre gesunken. Nach einer Statistik, die der preussische Handelsminister Sydow dem preussischen Abgeordnetenhaus vorlegte, ist festgestellt, daß z. B. die Bergarbeiter in Klasse A in Saarbrücken im Jahre 1911 nur eben die Höhe der Löhne erreicht haben, die sie in den Jahren 1907 und 1908 hatten. Damals belief sich nämlich der Schichtlohn auf 4,57 resp. auf 4,63 M., während er im Durchschnitt des Jahres 1911 4,60 M. betrug. Im Bezirk Dortmund ist der Lohn im Jahre 1911 noch hinter dem des Jahres 1907 zurückgeblieben.

Der Durchschnittslohn betrug hier nämlich im Jahre 1900 1332 M., im Jahre 1901 1224 M., im Jahre 1902 1231 M., im Jahre 1903 1205 M., im Jahre 1904 1208 M., im Jahre 1905 1186 M., im Jahre 1906 1402 M., im Jahre 1907 1562 M., im Jahre 1908 1494 M., im Jahre 1909 1300 M., im Jahre 1910 1382 M., im Jahre 1911 1446 M.

Also um 116 M. ist das Jahreseinkommen eines Bergarbeiters seit 1907 gesunken bei fortgesetzt steigenden Kosten für die Lebenshaltung. Nun fordern die Bergleute höhere Löhne um so berechtigter, da der Ertrag des deutschen Bergbaues angesichts der günstigen Konjunktur auf dem Kohlenmarkt fortgesetzt steigende Tendenz aufweist. Die Notwendigkeit sowohl wie die Möglichkeit einer Lohnerhöhung wird von keiner Seite, selbst von den Grubenbesitzern nicht bestritten. Aber diese gehen in ihrer zynischen Frivolität, die ihren Machtkel von jeder charakterisierte, soweit, daß sie erklären, es gäbe auf Arbeiterseite keine „unabhängigen“ Kontrahenten, mit denen sie über die Lohnhöhe verhandeln und Vereinbarungen treffen könnten. Die in Frage kommenden Organisationen der Arbeiter wollen sie in ihrem Casarenhochmut nicht anerkennen. Sie sind bereit, mit den gesetzlichen Arbeiterausschüssen zu „verhandeln“ — bestritten aber diesen gleichzeitig das Recht, über Lohnfragen zu sprechen. Die „Frankfurter Zeitung“, selbst ein dem Bankkapitalismus sehr freundlich gesinntes bürgerliches Organ, gibt von dieser Situation folgendes Charakteristikum, indem sie schreibt:

„Die Arbeiterverbände sind unzuständig, die Arbeiterausschüsse sind in der Lohnfrage unzuständig, es ist überhaupt alles unzuständig, und es gibt auf der zweiten Welt niemanden, mit dem die Bergwerksbesitzer die Lohnfrage zu besprechen oder dem sie eine bestimmte Zusage zu machen hätten. Die Arbeiter haben einfach zu warten, bis die Zechenverwaltung aus sich heraus kundgibt, ob sie eine Lohnerhöhung und welche sie geben will. Basta!“

Wie sehen denn nun die Forderungen der Ruhrbergleute aus? Die drei Bergarbeiterorganisationen, der freie Verband, der Hirsch-Dunckerische Gewerbeverein und die polnische Berg-

arbeiterorganisation haben den einzelnen Grubenverwaltungen am 20. Februar folgende Forderungen unterbreitet: 1. Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Arbeiter um 15 Proz. und Befestigung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter; 2. die Abschlagszahlung hat spätestens am 25. des laufenden, die Restlohnzahlung spätestens am 10. folgenden Monats zu erfolgen; 3. achtstündige Schichtzeit, siebenstündige Schichtzeit bei + 22 Grad Celsius, sechsstündige Schichtzeit bei + 28 Grad Celsius. Vorstehende Schichtzeiten verstehen sich einschließlich Ein- und Ausfahrt; 4. Ueber- und Nebenschichten dürfen nur bei Unfällen, Betriebsstörungen oder zur Rettung von Menschenleben und Pferden Verfahren werden; 5. in den Koloniewohnungen ist die sonst übliche einmonatliche Kündigung einzuführen, den Mietern volle Bewegungsfreiheit in Bezug auf Organisationszugehörigkeit, Wareneinkauf usw. zu garantieren. Ferner darf kein Zwang zur Haltung von Kostgängern ausgeübt werden; 6. dafür einzutreten, daß Aufrechnungen der reichsgesetzlichen Leistungen für Knappschafftsinvaliden, Wittwen und Waisen seitens des Knappschafftsvereins auf die Knappschafftsleistungen nicht mehr stattfinden; 7. Umwandlung des bestehenden Arbeitsnachweises in einen paritätischen, Aufhebung des noch für Nachbarzechen bestehenden Sperrsystems; 8. Einschränkung des Strafweises; Strafen von über 1 M. bedürfen der Zustimmung des Arbeiterausschusses; 9. Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichts mit einem unparteiischen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten; 10. Errichtung von Ausschankplätzen für alkoholfreie Getränke auf den Zechenplätzen.

Durch die schon oben gekennzeichnete Verschlechterung der Arbeits- und Lebensverhältnisse und durch die Latenzlosigkeit der Regierung, der es wohl möglich wäre, die Verhältnisse im Bergbau zu regeln und vor allem zu bessern, wenn sie nicht im vollsten Hörigkeitsverhältnis zu den Grubenbesitzern stünde, hat unter den Arbeitermassen einen tiefgehenden Groll hervorgerufen, der sich jetzt explosiv entladet. Die Führer der Arbeiterchaft haben sich vor dem Ausbruch des Streiks die erdenklichste Mühe gegeben, eine friedliche Verständigung über die Differenzen herbeizuführen. Sie waren es, die das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands vor einer schweren Katastrophe beschützen wollten, aber an dem rücksichtslosen Starrsinn der Berggewaltigen scheiterten alle ihre Bemühungen. Frivol trieben diese die Arbeiterchaft zum Meuteren ohne Rücksicht auf den unberechenbaren Schaden, den sie damit der ganzen Nation zufügen.

Und die Regierung? Während in England regierungsfreudig vor und während der Kohlenarbeiterbewegung unablässig versucht wird, eine Einigungsmöglichkeit zwischen den streitenden Parteien zu schaffen und man sich bemüht, so unparteiisch wie nur irgend möglich aufzutreten, kennt die preussische Regierung nur ein Ziel, nur eine Aufgabe, den Schutz des dreimal geheiligten Grubenkapitals! Polizei

und Landgendarmen und jedenfalls sehr bald Maschinengewehre und Kavalleriesäbel sind nach ihrer Meinung die einzigsten wirksamen Mittel, mit denen dem Kampf der Arbeiter begegnet werden muß. Das allein haben die Bergarbeiter von der Staatsgewalt zu erwarten. Sie wissen das aber und werden hohnlächelnd den Provokationen aus dem Wege gehen und ihren gerechten Kampf nicht in ihrem eigenen Blute erfinden lassen. Denn hinter ihnen und ihrer Entschlossenheit steht Gemein bei Fuß die gesamte organisierte Arbeiterschaft des Deutschen Reiches, des Bistums gewärtig, den Arbeitsbrütern im Bergbau mit ihrer Hilfe zur Seite zu eilen. Dieses Bewußtsein möge den Bergknappen ihre Kraft noch weiter stärken in dem schweren Kampf, den sie für die Beseitigung ihres nicht mehr erträglichen Sklavenjochs kämpfen. Glück auf!

Wert oder Unwert lokaler und zentraler Tarifverträge?

Wer die moderne Arbeiter- resp. freie Gewerkschaftsbewegung in allen ihren Lebensäußerungen genau verfolgt, wird unschwer herausfinden oder schon gefunden haben, daß nur in dem großzügigen Paktieren mit der Unternehmungsmacht vermittels zentraler Tarifverträge vor der Hand die einzige Möglichkeit gegeben ist, den Ausschlag der verhältnismäßig noch jungen freien Gewerkschaftsbewegung fortschrittlich zu gestalten. Das nächste beste Beispiel ist doch wohl die erfolgreiche Tarifpolitik des deutschen Buchdruckerverbandes. Die schon lange bestehende Erkenntnis der Großstadtbuchdrucker (von einigen unliebhaften Begleitererscheinungen abgesehen), daß eine großzügige Gewerkschaftspolitik nur durch greifenden Erfolg haben kann, wenn das Solidaritätsprinzip auf der ganzen Linie gepflegt wird, hat auch den beschränkten Provinzbuchdruckern die Gewißheit beigebracht, daß ihre Interessen einzig und allein vorteilhaft nur vom Buchdruckerverband vertreten und gefördert werden. Nicht zuletzt hat es auch die selbst in Buchdruckerkreisen viel verschrieene politische Neutralität des Verbandes mitbewirkt, daß sich ihm sogar religiös in materialistischer Lebensunterstützung noch sehr niedergehaltene Buchdrucker unbedenklich anschließen konnten, sodaß der Buchdruckerverband wie keine andere Gewerkschaft in der angenehmen Lage ist, nach außen hin als eine einigte, fast alle Gehilfen umfassende kompakte Masse erfolgreich imponieren und operieren zu können.

Streit und Solidarität.

I.

Mit dem bekannten Wort, daß der „Kampf der Vater aller Dinge“ sei, ist schon mancherlei Unfug getrieben worden, ebenso wie mit dem Wort Darwins vom „Kampf ums Dasein“. Anstatt die Lehren des Meisters fortzubilden, veränderte sie ein Teil der Schüler des großen Naturforschers. Als Darwin sein Schlagwort vom Kampf ums Dasein prägte, hat er durchaus nicht an einen fortwährenden Kampf aller gegen alle gedacht. Schüler Darwins aber — man denke nur an den sonst verdienstvollen Hädel — wollten die „Naturwidrigkeit“ und „Undurchführbarkeit“ des Sozialismus auch damit beweisen, daß, wie sie sagten, bei den Tieren ein ständiger Kampf herrsche, wobei der „Tüchtigste“ immer „Sieger“ bleibe. Abgesehen davon, daß in der gegenwärtigen menschlichen Gesellschaft bei solcher „Lehre“ der „Tüchtigste“ allemal der Kapitalkräftigste wäre, bliebe auch der gewichtige Einwand, daß die Menschen doch mit Bewußtsein und mit Absicht ihr Geschick selbst regeln und sich nicht blindlings und mechanisch treiben lassen.

Der Streit hat nun aber gar nicht diese allgemeine kulturfördernde Bedeutung und Darwin ist ziemlich unschuldig daran, was die Schüler aus seiner Lehre gemacht haben. Dies an einem großen Material nachgewiesen zu haben, ist das Verdienst des Naturforschers und Freiheitskämpfers Herr Peter Krapotkin. Mit unzähligen Beispielen belegt Krapotkin in seinem

Diese Gewerkschaft ist es denn auch gewesen, die mit ihrer bahnbrechenden zentralen Tarifpolitik der gesamten freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung den Weg zum erfolgreicheren Vorwärtsschreiten geebnet hat und nicht zuletzt den der Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeitergewerkschaft. Wenn nun ein großer Teil der Hilfsarbeitergewerkschaft und insbesondere der Berliner den von ihrem Verbandsvorstand ganz richtig erkannten und eingeschlagenen Weg noch nicht begriffen hat oder nicht begreifen will, so ist das allerdings noch ein betrübendes Zeichen egoistischer lokaler Gewerkschaftspolitik, die dem Ausschlag der gesamten Hilfsarbeiterbewegung nur hinderlich sein kann. Charakteristisch ist es, daß gerade diejenigen, die diese rückständige Lokalpolitik auf dem außerordentlichen Verbandstag verteidigten, von dem Zustandekommen eines allgemeinen graphischen Industrieverbandes alles Heil erwarten. Die Propagierung und Verteidigung lokalistischer resp. destruktiver Tendenzen kann aber dem Gedanken der Schaffung eines solchen Industrieverbandes kaum förderlich sein, denn je einiger, zuverlässiger und gleichwertiger die einzelnen graphischen Berufsgruppen in ihren Organisationsformen und Tarifverhältnissen sind, je leichter werden sie sich gegenseitig nähern bzw. ihre gegenseitige Zusammengehörigkeit und Anhängigkeit gewahren. Obwohl dieser Gedanke den bestimmenden Verhältnissen etwas voraussetzt, so wird er meines Erachtens doch einmal Form und Gestalt gewinnen müssen, allerdings kaum vor Eintritt von Ereignissen, die die Schaffung eines solchen Zweigverbandes unumgänglich notwendig machen.

Das Votum des außerordentlichen Hilfsarbeiterverbandstages hat nun allerdings die in der Hilfsarbeiterbewegung noch stark vorhandenen destruktiven Tendenzen vor der Hand wirkungslos gemacht. Von der Geschicklichkeit ihrer Verhandlungsführung wird es jedoch abhängen, ob dies auf die Dauer möglich ist. Ein Haupterfordernis ist, sich jeglicher unnötiger Provokation solcher Tendenzen zu enthalten. Daß dieselben heute keine festen Wurzeln mehr fassen können, liegt auf der Hand, weil sich ihre Vertreter in der Regel nur auf die Kritik bestehender Verhältnisse beschränken, selten aber befähigt sind, gleichzeitig einen besseren, gangbareren Weg zu zeigen. Strikte Tarifgegnerschaft, wie sie der Redakteur der *Zimmerer* (Brinkmann) vertritt, ist wenigstens ein konsequenter Standpunkt, den man verfolgen und einschulbigen könnte, obwohl auch er noch nie den Weg einer besseren Erkenntnis gewiesen hat. Von einer Tarifbewegung aber nur deshalb zurückzutreten, weil die lokalen Interessen zugunsten der Gesamtheit etwas zu kurz kommen

solten, ein solches Vorgehen hat mit den demokratischen Prinzipien und solidarischen Bestrebungen der freien Gewerkschaftsbewegung nichts gemein. Der Tarifbewegung der Hilfsarbeitergewerkschaft war zweifellos mehr gedient, wenn die Großstadtdruckorte versucht hätten, ihr Gewicht zugunsten eines zentralen Tarifvertrages in die Waagschale zu werfen. Solche Bestrebungen hätten zweifellos allgemeine Billigung und Unterstützung gefunden.

Tarifverträge haben für freie Gewerkschaften heute nur noch dann vollen Wert, wenn durch ihre zentrale Regelung die Besser- resp. Gleichstellung, natürlich ebenfalls unter Berücksichtigung lokaler Verhältnisse, der gesamten Organisationsangehörigen eines ganzen Landes erreicht werden kann. Denn nachdem sich durch die rüstig vorwärtstreibende freie Gewerkschaftsbewegung die Unternehmenseinstellungen sehen, sich ebenfalls zu organisieren und somit die Grundlage zur erfolgreicheren Durchführung allgemeiner Tarifverträge schaffen, kann der Gedanke einer tariflosen Zeit ruhig ad acta gelegt werden, zumal es noch notwendig ist, gar viele Millionen unorganisierte deutsche Arbeiter den freien Gewerkschaften zuzuführen. Bei unbefriedigten tariflichen Zuständen könnte es sich beiderseits nur darum handeln, einen Kampf ins Auge zu fassen, der, wenn er zugunsten der Arbeiterschaft ausfällt, immer wieder zu neuen Tarifverträgen führen muß. Wie anders wollte man denn heute das straff organisierte Unternehmertum zwingen, den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft gerecht zu werden? Haus- oder Lokalverträge enthalten doch eigentlich jeder Garantie für strikte Innehaltung. Sind denn aber Haus- oder Lokalverträge etwas anderes oder besseres als zentrale Tarifverträge? Haben denn die letzteren nicht viel größere Durchschlagkraft und agitatorische Vorteile? Stabilisieren sie die Gewerkschaften nicht viel mehr gegen Ausperrungsgefahren der Unternehmer? Warum also noch eine Tarifgegnerschaft? Warum die organisatorischen Kräfte zum Schaden der Gesamtheit durch selbstschädigende lokale Bestrebungen unnütz zu verbräuen?

Es hilft alles nichts, die egoistischen lokalen Interessen müssen vor den Interessen der Gesamtheit zurücktreten, das erfordert die mit Riesenschritten vorwärtsschreitende Zeit. Wer aber heute nicht mehr gleichen Schritt oder gar nach anderen Wegen Umschau halten will, kommt eben unter die Räder, und niemand wird sich seiner erbarmen. Heute heißt es einfach: Willst du ein Messias sein, so hilf dir selbst!

D. Preißer.

Buch „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschewelt“*) den Satz, daß die Solidarität, die gegenseitige Hilfeleistung, eine große Rolle bei Tieren und Menschen spielt.

Krapotkin weist auf Huxley hin, der in einer Schrift über den „Kampf ums Dasein und seine Bedeutung für den Menschen“ gelehrt habe, daß „vom Gesichtspunkt des Moralisten die Tierwelt ungefähr auf demselben Niveau ist wie der Gladiatorenkampf. Die Kämpfer werden gut genährt und zum Kampf losgelassen, wobei der Stärkste, Behendeste und Geriebteste Sieger bleibt. Der Zuschauer braucht seinen Daumen nicht zu senken, denn kein Pardon wird gegeben.“

Krapotkin erklärt weiter, daß Huxleys Auffassung der Natur ebensowenig Anspruch darauf habe, als eine wissenschaftliche Beweisführung angesehen zu werden, wie die entgegengesetzte Anschauung Rousseaus, der in der Natur nur Liebe, Friede und Harmonie erblickt habe, in die erst durch den Menschen die Zerstörung hineingebraucht worden sei. Eine an Rousseau erinnernde Auffassung finden wir auch in den Worten Schillers:

„Die Welt ist vollkommen überall, Wo der Mensch nicht hinkommt mit seiner Qual.“ Die Natur ist aber weder nur ein Schlachtfeld, noch auch nichts als Harmonie

und Friede: „Rousseau hatte den Irrtum begangen, den Schnabel- und Krallenkampf außer acht zu lassen; und Huxley beging den entgegengesetzten Irrtum.“

Die numerische Wichtigkeit des Streites und der Solidarität in der Natur zu bestimmen, ist nach Krapotkin „außerordentlich schwierig“. „Aber wenn wir uns an einen indirekten Beweis halten und die Natur fragen: „Wer sind die Passendsten: sie, die fortwährend miteinander Krieg führen oder sie, die einander unterstützen“, so sehen wir sofort, daß diejenigen Tiere, die Gewohnheiten gegenseitiger Hilfe annehmen, zweifellos die Passendsten sind. Es bestehen für sie die meisten Möglichkeiten, zu überleben, und sie erlangen in den betreffenden Klassen die höchste Entwicklung der Intelligenz und körperlichen Organisation. Wenn wir die zahllosen Taten, womit diese Ansicht gestützt werden könnte, in Betracht ziehen, so können wir ruhig sagen, daß gegenseitige Hilfe ebenso ein Gesetz in der Tierwelt ist als gegenseitiger Kampf; jene aber als Entwicklungsfaktor höchstwahrscheinlich eine weit größere Bedeutung hat, insofern sie die Entfaltung solcher Gewohnheiten und Eigentümlichkeiten begünstigt, die die Erhaltung und Weiterentwicklung der Arten, zusammen mit dem größten Wohlstand und Lebensgenuss für den Einzelnen, beim geringsten Kraftaufwand, sichern.“

„Es wird nicht mehr Krieg geführt, als unumgänglich notwendig ist“, heißt es an einer anderen Stelle.

*) Verlag Leipzig, Theodor Thomas. Preis 2 Mk. 294 Seiten.

Interessengemeinschaft der Arbeiterklasse.

Die Reichstagswahlen im Jahre 1907, die durch die Wahlparole des Reichskanzlers Fürsten Bülow: „Einigung aller nationalen Parteien zum Kampfe gegen den Umfuz“, ein solch erbärmliches Resultat zeitigten, daß von 3½ Millionen Wählern nur 43 Sozialdemokraten in das Parlament gesandt werden konnten, haben ein wahrhaft glänzendes, ja leuchtendes Gegenstück in den diesjährigen Wahlen gefunden. Trotz der Warnungen der Sozialdemokratie, den gleichenden Versprechungen der nationalen Kandidaten keinen Glauben beizumessen, da sie ja doch nicht gehalten würden resp. von dieser Seite nicht gehalten werden könnten, fielen doch damals Tausende von Arbeitern auf diese Wahlschwindelen herein. Aber die Augen sollten ihnen doch gar bald geöffnet werden. Zentrumsleute und Konservative, Nationalliberale, Freisinnige usw., die sich erst als wahre Freunde des Volkes vorgestellt hatten, entpuppten sich als Feinde und zeigten nun ihr wahres Gesicht. Mit ihrer Hilfe nun war es möglich, die Steuer- und Zollvorlagen der Regierung durchzubrühen, die die nötigsten Lebensbedürfnisse des Volkes auf ein Minimum herabdrückten und sie auf geradezu unverantwortliche Weise verteuerten, um die Kosten einer verunglückten Kolonialpolitik decken zu können; einer Politik, die dem deutschen Volke in den letzten zehn Jahren rund 1000 Millionen Mark kostete. Sie waren es ferner, die alle, die das kapitalträchtige Unternehmertum wie den Feudalismus belastenden Steuern zurückgewiesen haben, wie es z. B. bei der Erbanfallsteuer der Fall war, dafür aber Ausfuhrprämien diesen Herrschaften in den Schoß warfen, die diesen viele Tausende einbrachten.

Während also das Zunftertum im Ueberflusse schwelgen konnte, stieg die Kollage der Arbeiterklasse rapid. Nicht nur, daß Bier, Wein und Tabak der Steuer anheimfielen, nein, auch Fleisch, Getreide, Kaffee und Tee mußten wieder herhalten, den Steuerfädel zu füllen. Selbstverständlich wurden durch die gesteigerten Einfuhrzölle auch ganze Industrien lahmgelegt, indem einerseits die eingeführten Rohprodukte eine solch hohe Steuer kaum vertragen konnten, um noch als verarbeitetes Erzeugnis mit dem Ausland konkurrieren zu können, andererseits wurden durch die deutschen Schutzzölle die für die deutsche Industrie in Betracht kommenden überseeischen Staaten mit ihrer Landwirtschaft und Viehzucht zu Gegenmaßregeln gezwungen.

In vielen Belegen aus dem Leben der Tiere beweist Krapotkin, daß das Gesellschaftsleben die Regel und daß die gegenseitige Hilfeleistung weit ausgebildet ist. „Daß das Gesellschaftsleben im Kampf ums Dasein — im weitesten Sinne des Wortes — die mächtigste Waffe ist, ist auf den vorhergehenden Seiten an mehreren Beispielen gezeigt worden, und wenn weiteres nötig wäre, könnten noch endlose Beispiele dafür erbracht werden. Das Gesellschaftsleben setzt die schwächsten Insekten, Vögel und Säugetiere instand, den schrecklichen Vögeln und Raubtieren Widerstand zu leisten oder sich vor ihnen zu schützen, es verschafft langes Leben, es setzt die Art in stand, ihre Nachkommen mit möglichst geringem Kraftaufwand aufzuziehen und ihre Zahl ungeachtet sehr langsam einander folgender Geburten zu behaupten; es befähigt die Herdentiere, sich auf der Suche nach neuen Wohnungen auf die Wanderschaft zu begeben. Daher behaupten wir, obwohl wir völlig zugeben, daß Kraft, Schnelligkeit, Schutzfarbe, List und Ausdauer im Ertragen von Hunger und Kälte, die von Darwin und Wallace angeführt werden, lauter Eigenschaften sind, die das Individuum oder die Art in bestimmten Fällen zu den geeignetsten machen, daß in allen Fällen die Geselligkeit der größte Vorteil im Kampf ums Dasein ist. Solche Arten, die sie, freiwillig oder gezwungen, aufgeben, sind zum Niedergange verurteilt, während solche Tiere, die es am besten verstehen, sich zusammenzuschließen, die größten Aussichten haben zu überleben und sich weiter zu entwickeln, auch wenn sie

Unter diesen Gegenmaßregeln hatten besonders die Textil-, die Porzellan- und die Lugsartenbranche zu leiden, während unter den Schutzzöllen wiederum die Tabakindustrie scharf in Mitleidenschaft gezogen wurde. Viele Tausende wurden durch ein derartig verkehrtes System zur Arbeitslosigkeit verbannt und ganze Industriezentren in größten Notstand versetzt.

Daß natürlich bei Teuerung und Notständen die Kriminalität ganz erheblich steigt, konstatierte der bekannte Strafrechtler Prof. Kohlenbach in der Gesellschaft für soziale Reform. Er führte dabei folgendes aus: „Es handelt sich nicht nur darum, das Verbrechen zu bestrafen, sondern auch zu bekämpfen. Diesen Zweck hat das bisherige Strafrecht nicht erreicht. Die Zahl der Kriminellen ist beständig gestiegen von 1882 bis 1909 von 361 000 auf 507 000. In den gleichen Zeiträumen stieg die Zahl der Wiederbestrafte um 203 Prozent. Die Strafe hatte also nicht von der Begehung neuer Straftaten abgehalten. Zu noch größeren Besorgnissen gibt die Zahl der jugendlichen Kriminellen von 12 bis 18 Jahren Anlaß. Im Jahre 1882 gab es 30 719 Bestrafte, 1909 schon 49 689, also 62 Prozent mehr. Dabei sind seit 1900 die Fürsorgegesetze in Kraft, nach denen jährlich 6000 Jugendliche in Fürsorgeerziehung genommen werden. Ein Teil davon wäre gewiß außerhalb der Fürsorgeerziehung straffällig geworden. Dabei nimmt die Zahl der vorbestraften Jugendlichen zu, von 1889 bis 1909 um 60 Proz. Zweifellos würden auf diese Verhältnisse Maßregeln der Sozialpolitik ungeheuer wirken. Eine bessere Wohnungspolitik würde auf die Sittlichkeitsverbrechen drücken und eine Verbilligung der Lebensmittel auf die Diebstahlsdelikte. Der Zusammenhang zwischen Getreidepreisen und Kriminalität, der vielfach bestritten sei, ist einwandfrei nachgewiesen.“

Ein schlagender Beweis fürwahr, daß mit der Verbilligung des Lebensunterhaltes, der Lebensmittel überhaupt, eine Abnahme der Verbrechen zu bewirken sei, und eine schwere Beschuldigung der herrschenden Kreise darstellt. Trotzdem war und ist keine der nationalen Parteien für Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel bereit.

Im schreienden Gegensatz zu dieser Verteuerung der Nahrungsmittel des Volkes stehen die Ausfuhrprämien der Agrarier, die für jeden Zentner ausgeführten Getreides eine Prämie von 5,50 Mk. erhalten und darum auch ganz besonders darauf erpicht sind, daß kein billiges Getreide eingeführt wird, sich selbst aber lieber die denkbar größten Beschuldigungen an den Hals werfen lassen, ehe sie gesonnen sind, davon Abstand zu

weniger als andere mit jeder von den Eigenschaften (mit Ausnahme der intellektuellen Fähigkeiten) begabt sind, die Darwin und Wallace aufzählen. Die höchsten Wirbeltiere und besonders die Menschen sind der beste Beweis für diese Behauptung. Was die Gabe des Intellekts angeht, so wird jeder Darwinist, ebenso wie er mit Darwin erklärt, daß er die mächtigste Waffe im Kampf ums Dasein und der mächtigste Faktor zur ferneren Entwicklung ist, zugeben, daß die Intelligenz eine eminent soziale Eigenschaft ist. Sprache, Nachahmung und gehäufte Erfahrung sind lauter Elemente der wachsenden Intelligenz, deren das unsoziale Tier beraubt ist. Daher finden wir an der Spitze jeder Tierklasse die Ameisen, die Papageien und die Affen, die alle die größte Geselligkeit mit der höchsten Verstandesentwicklung vereinigen. Die geeignetsten — die, die im Kampfe gegen alle widrigen Umstände am besten gerüstet sind — sind also die geselligsten Tiere, und Geselligkeit erscheint als der Hauptfaktor der Entwicklung, sowohl direkt dadurch, daß das Wohlergehen der Art mit möglichst geringem Kraftaufwand gesichert wird, wie indirekt dadurch, daß die Entwicklung des Verstandes begünstigt wird.“

Das Gesellschaftsleben wäre aber „völlig unmöglich“, wenn ihm nicht eine Entwicklung der sozialen Gefühle und hauptsächlich eines gewissen Kollektivsinnes für Gerechtigkeit, der mehr und mehr zur Schwelgerei wird, entspräche. Wenn jedes Individuum fortwährend seine persönlichen Vorteile aus-

nehmen. Und so hat man denn voriges Jahr das traurige Schauspiel erleben müssen, daß trotz der äußerst günstigen Ernte, einer Ernte wie sie selten zu vergehen war, die Brotpreise immerfort stiegen, weil das Getreide als Schweinefutter billig über die Grenze verkauft wurde. Zu all diesem kommen noch die klandigen und sich stetig steigenden Heeres- und Marinekosten, denen die bürgerlichen Parteien ein nur allzu williges Gehör liehen. Während das Volk darbt und unter schlechten kulturellen Verhältnissen lebt, wurden Millionen über Millionen dem Moloch Militarismus geopfert, um, wie gesagt wurde, den Frieden zu erhalten, in Wirklichkeit aber die Kriegsmöglichkeiten zu verdoppeln, ja gegebenenfalls selbst darauf hinzuarbeiten. Nur durch die Verbrüderungsdemonstrationen der englisch-französisch-deutschen Arbeiter wurden im vergangenen Jahre die Kriegsgelüste der Chauvinisten, der Singopartei und der Panzerplattenfabrikanten zu Schanden gemacht. Der Zusammenschluß der internationalen Arbeiterschaft hat ein erbebenndes Beispiel seiner Friedensliebe gegeben.

Daß aber das deutsche Volk in seiner Gesamtheit gegen jene Kriegstreiber und gegen die verderbliche innere und äußere Politik des nationalen Klüngels Front machte, ist ein höchst erfreuliches Zeichen des Erwachens aus verzweifelter Hoffnungslosigkeit, ein Zeichen des Vertrauens auf die Partei, die jederzeit bereit war, für die Interessen des arbeitenden Volkes voll und ganz einzutreten. 4¼ Millionen Wähler legten ihr Voto ein gegen diese Mißwirtschaft. Eine fürchterliche Abrechnung des Volkes. Gestürzt liegt der schwarzblaue Riese am Boden, an seiner Statt aber unter dem Zeichen des Fortschrittes der liberal-demokratisch sozialistische Sturmblod.

Sollen wir aber nun auf diesen unseren Lorbeer ausruhen? Gilt es nicht gerade erst jetzt recht zu arbeiten, um das Erworbene zu erhalten, um sich der Sache ganz würdig zu zeigen, es zu verdienen? Alle möglichen Mittel sind dazu nötig und müssen angewandt werden, um uns auf dieser Höhe zu erhalten, und noch höher zu gelangen.

Dazu ist vor allem nötig, daß wir uns befehligen, das Wesen unseres Gegners kennen zu lernen, die Beweggründe, die ihn hindern, in unsere Reihen zu treten, zu studieren und zu versuchen, ihm die Unrichtigkeit seiner Meinungen in klarer, logischer und einfacher Weise plausibel machen zu können, um sie zu Anhängern unserer Ideen zu machen. Des weiteren ist es aber dringend nötig, uns die schwer erkämpften Positionen in den Reihen unserer eigenen Klassenossen zu erhalten und zu verstärken. Dazu ge-

nutzte, ohne daß die anderen zugunsten der Geschädigten Einspruch erheben, wäre kein Gesellschaftsleben möglich.“

Drum entwickelt sich auch schon „bei allen Herdentieren“ mehr oder minder „das Gefühl der Gerechtigkeit“.

„Streitet nicht!“ — so schließt der Teil des Buches von Krapotkin, der von der gegenseitigen Hilfe bei den Tieren handelt — „Streit und Konkurrenz ist der Art immer schädlich, und ihr habt reichlich die Mittel, sie zu vermeiden!“ Das ist die Tendenz der Natur, die nicht immer völlig verwirklicht wird, die aber immer wirksam ist. Das ist die Parole, die aus dem Busch, dem Wald, dem Fluß, dem Ozean zu uns kommt. „Daher vereinigt euch, übt gegenseitige Hilfe! Das ist das sicherste Mittel, um all und jedem die größte Sicherheit, die beste Garantie der Existenz und des Fortschritts zu geben, körperlich, geistig und moralisch.“ Das ist es, was die Natur uns lehrt, und das ist es, was alle die Tiere, die die höchsten Stufen in ihren Klassen erreicht haben, getan haben. Das ist es auch, was der Mensch — der primitivste Mensch — getan hat; und darum hat der Mensch die Stufe erreicht, auf der wir jetzt stehen, wie wir in den folgenden Kapiteln sehen werden, die der gegenseitigen Hilfe in menschlichen Gesellschaften gewidmet sind.

Doch darüber in einem zweiten Artikel.

hört erstens solidarische Zusammenarbeiten innerhalb der Gewerkschaften. Dies ist aber nur möglich, indem jeder Einzelne bemüht sein muß, den Ausbau der Organisation zu fördern, vor allem von ihm geforderten Mitarbeit zurückzuführen und den ihm auferlegten Verpflichtungen richtig nachzukommen. Je größer die Freude an der Mitarbeit, je größer die Opferwilligkeit des Einzelnen wie der Masse ist, je mehr kann den Gelüsten der Kapitalistenklasse Widerstand geleistet, die Stoßkraft bei Angriffen von unserer Seite aber bedeutend erhöht werden, und das ist schon jetzt die gewaltige Uebermacht, die die freien Gewerkschaften vor allen anderen Arbeiterorganisationen haben.

Dieser Einsicht aber werden sich selbst die anderen Organisationen, die auf nationalem Boden stehend, an den Humanismus des Kapitals und an die Hilfe des Himmels glauben, auf die Dauer nicht verschließen können.

Die kapitalistische Produktionsweise, die Profitvut des Unternehmertums wird sie gar bald darüber belehren, auf welche Seite sie sich zu schlagen haben. Daß es aber bereits bei ihnen dämmert, haben die Wahlen im heiligen Köln bewiesen.

Die Interessengemeinschaft der Arbeiter begegnet sich also zuerst auf wirtschaftlichem Gebiete.

Die wirtschaftliche Lage zu bessern, ihr Rechnung tragend, mühten sich darum alle, denen es wirklich ernst ist mit der Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung, auch in den von Arbeitern gegründeten Genossenschaften zusammenzufinden. Zuerst natürlich in den Konsumgenossenschaften. Durch Eigenproduktionen und organisierten Großverkauf ist es diesen möglich, die Waren billiger und zugleich besser an den Konsumenten abgeben zu können. Dies ist gleichbedeutend mit einer finanziellen Verbesserung der Arbeiterschaft und gleichermaßen eine Bekämpfung kapitalistischer Profitgier. Dabei ist noch im Auge zu behalten, daß die Konsumgenossenschaften bei ihrem riesigen Umsatz (der Zentralverband deutscher Konsumvereine hatte nach dem „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt“ bei einer Zahl von 637 994 Mitgliedern einen Umsatz von 189 246 220 Mk. zu verzeichnen) auch die höchsten Löhne an die in ihren Betrieben tätigen Arbeiter zahlen. Vergessen darf hierbei nicht werden und verdienen deshalb die Konsumgenossenschaften unbeschränktes Lob, sie haben in Zeiten großer Arbeitslosigkeit bereitwillig Opfer gebracht, indem sie an die arbeitslosen organisierten Arbeiter unentgeltlich Brote verteilten, auch sonst Waren und sogar bares Geld zur Verfügung stellten. Schon dies müßte für jeden Arbeiter ein Ansporn sein, diese Genossenschaften zu unterstützen.

Die wirtschaftliche Verbesserung unserer Lage hat zugleich die Stärkung der politischen Macht zur Folge. Darum gehört es zur vornehmsten Pflicht, den Parteiverbindungen beizutreten, deren Befolgen es ist, ihre Mitglieder zu treuen Anhängern zu machen, sie als tätige Mitglieder auf Vorposten im politischen Kampfe zu stellen. In ihren Vereinsabenden und Versammlungen wird der wissenschaftliche Sozialismus propagiert und gelehrt und die Hörer desselben zu eifrigen und überzeugungsfähigen Kämpfern gestempelt, mit deren Hilfe die arbeitende Massen die Machinationen des Kapitalismus und des Klerus elendiglich zum Scheitern gebracht werden. Die politische Freiheit und Gleichheit und die wirtschaftliche Hebung der Volksschichten müssen darum zur Interessengemeinschaft aller unter dem Joch kapitalistischer Ausbeutung stehender Arbeiter werden.

Sorge an jeder dafür, daß es soweit komme, sodaß auch das Jahr 1912 als 200. Geburtsjahr N. S. Rousseaus ein Jahr ewiger Denkwürdigkeit sein möge, in welchem das von dem Genfer Uhrmachersohn gepredigte Naturrecht den Sieg davon trage über das historische Recht des Feudalismus und des Klerus und über die Macht des Moloch Kapitalismus, dem alljährlich Tausende und Abertausende von Unterdrückten zum Opfer fallen. C. Wb.

Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Januar hat nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im allgemeinen einen kleinen Rückgang erfahren. Nach den Berichten aus der Industrie hat sich die Beschäftigung in den meisten Gewerben auf der Höhe des Vormonats gehalten, in einigen ist eine Besserung eingetreten. Die Arbeitslosigkeit im arabischen Gewerbe ist aus nachstehender Tabelle zu ersehen:

Organisation	Mitgliederzahl am Monatsende	Arbeitslos am Monatsende		Arbeitslose auf 100 Mitglieder		
		am 1. Jan. 1912	am 1. Dez. 1911	Januar 1912	Dezbr. 1911	1911
Buchdrucker . . .	63791	1619	91	2,7	3,3	3,9
Buchbinder . . .	30543	1018	40	3,5	3,7	2,8
Lithographen und Steinsetzer . . .	17226	637	97	4,3	4,8	4,0
Graph. Hilfsarbeiter . . .	16826	664	5	4,0	1,9	3,4
Epilogographen . . .	428	9	—	2,1	3,4	2,5
Notenstecher . . .	142	—	—	—	—	—
Gutenberg-Bund . . .	3109	20	1	0,7	0,5	1,0
Graph. Zentral-Verband (Christl.) . . .	1739	16	6	1,4	0,7	0,7
Graphische Betriebe (S. D.) . . .	1654	59	—	4,3	3,0	3,3

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Januar weiter nachgelassen; es ergab sich am 1. Februar gegenüber dem 1. Januar eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten von zusammen 56 707 (= 59 240 männlichen, + 2533 weiblichen) Mitgliedern. Die Abnahme war stärker als im gleichen Monat des Vorjahres, in dem sich der Mitgliederbestand der Krankenkassen um 41 297 Personen verminderte. Gegenüber dem Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen gefallen, wenn man den Bestand vom 1. Januar 1912 = 100 setzt, auf 98; im gleichen Monat des Vorjahres war er auf 99 gefallen. Beim weiblichen Geschlechte hat er sich wie im Januar 1911 auf der Höhe des Jahresbeginns gehalten.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Monate Januar berichten 52 Fachverbände mit 2 039 578 Mitgliedern; von diesen waren am Ende des Monats 2,9 v. S. arbeitslos. Ende Dezember 1911 betrug die Arbeitslosenzahl 2,4 v. S. und Ende Januar 1911: 2,6 v. S. Es ist also gegenüber dem Vorjahre sowohl als auch gegenüber dem Vormonat eine Verschlechterung zu verzeichnen.

Die Arbeitsnachweisziffern würden dagegen, soweit sie männliche Arbeiter betreffen, dem Vorjahre gegenüber auf Besserung des Beschäftigungsgrades, dem Vormonat gegenüber jedoch auf Verschlechterung schließen lassen. Bei der Gesamtheit der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im Januar 1912 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 192 Arbeitsnachweise gegen 196 im gleichen Monat des Vorjahres und 183 im Vormonate. Bei weiblichen Personen stellen sich die entsprechenden Ziffern auf 100, 90 bezw. 112.

Auch ein Urteil über Tarifverträge. Gewissen Kreisen des Unternehmertums, die ihre schamhaften Gelüste nicht zu zügeln vermögen, ist der Tarifvertrag schon immer ein Dorn im Auge gewesen. Sie wünschen den rücksichtslosen Kampf gegen die unbotmäßigen Arbeiter. Diese Taktik paßt mehr zu ihrer Draufgängerart. Nichts ist ihnen schrecklicher als die Schmälerung ihrer Herren-Haus-Rechte und eine Gefährdung ihres Herrenhandpunktes befürchten sie von dieser faulen Tarifkompromisserei. Sie können schließlich ja auch anders, denn ihre Ansicht ist ihr Selbst und je nachdem sie ihre Interessen durch den Abschluß von Tarifverträgen gefördert oder geschädigt glauben, sprechen sie sich dafür oder dagegen aus. Ihre gegenwärtige Meinung brachte der Geheimrat Schrey in der Hauptversammlung des Vereins für erakte Wirtschaftsforschung am 17. Februar d. J. in Berlin folgendermaßen zum Ausdruck: „Die Tarifverträge sind ohne weiteres nicht zu empfehlen, insbesondere soweit sie Zeitzölne festlegen. Einen Arbeiter nach der Zeit bezahlen, heißt Unwesenheitsgelde zahlen, und das kann sich wohl eine Volkswirtschaft, nicht aber ein auf den Erwerb gerichtetes Unternehmen leisten. Es ist ein schöner Traum, daß Tarifverträge Arbeitsförderungen bewirken; die Praxis spricht dagegen. Jedwede Erneuerung von Tarifverträgen trägt erneute Unzufriedenheit in das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Massen der Arbeitnehmer brechen auch trotz entgegenstehender Meinungen der Organisation den Tarifvertrag glatt, wenn es ihnen paßt; das bewies u. a. der Meierstreik beim Stettiner Vulkan. Durch die Zeitzöntaxe wird

der fleißige Arbeiter aus einem Qualitätsarbeiter zu einem mindereinstufigen, vielleicht auch faulen Arbeiter, herabgedrückt. Will die deutsche Großindustrie ihre Stellung behaupten, so muß sie die nötige Ellenbogenfreiheit in der Entwicklung ihrer Arbeitsvorgänge haben, die aber durch die Tarife gehemmt werden. Volkswirtschaften und Regierungen, die die abwärtsweise Einführung der Tarifverträge befürworten, schlachten die Henne, von der sie wünschen, daß sie den Arbeitern goldene Eier legt. In Bayern und im Deutschen Reichstag ist man hierin schon zu weit gegangen. Hier zu bremsen, ist Pflicht eines jeden, der es mit unserer deutschen Großindustrie auf meint.“

Die Beachtung der Faulheit der Arbeiter ist eine der, gelinde gesagt, Dreifaltigkeiten, mit denen die Leute, die in ihrem Leben meistens noch nie gearbeitet haben, ständig operieren. Uebrigens foraten sie schon durch ihre immense Antreiberei dafür, daß der Arbeiter kein faules Fett ansetzt. Ueber die unzähligen Tarifbrüche der Unternehmer schweigt sich der Herr Geheimrat selbstverständlich aus. So genügt er seiner Bremserpflicht, er meint es gut mit der deutschen Großindustrie und wacht darüber, daß dem Arbeiter die goldene Eier legende Henne nicht geschlachtet wird.

Der „Arbeiter“, das Organ der katholischen Fachabteilungen empfiehlt seinen Lesern den hl. Joseph als einen mächtigen Helfer in der Not und verweist zum Beweise dessen auf eine Erzählung eines Bahnarbeiters aus Kleinreiffing im Sendboten des hl. Joseph. Dieser gut erzogene katholische Arbeiter schildert da seinen Unfalltsfall:

Bei der Herstellung des Eisenbahnammes fiel ich etwa acht Meter tief von einem Felsen herab. Es wurden nämlich Steine über mir los, schlugen im Hinabrollern das Seil ab, an dem ich befestigt war, und ich stürzte in die Tiefe. Beim Falle rief ich den hl. Joseph um seine Hilfe an. Es war ein schrecklicher Augenblick. Ich fiel mit dem Kopf auf die Steine, die Kopfhaat wurde von der Stirne bis unter die Halswirbel zerrissen, die Wunden waren voll Sand, und sieben Rippen waren zweimal gebrochen.

Niemand hegte noch Hoffnung an meinem Aufkommen; man erwartete jeden Augenblick meine Erlösung. Ich war ganz betäubt und konnte mich lange nicht rühren, geschweige denn ein Wort sprechen; merkwürdigerweise aber hörte und verstand ich alles, was neben mir gesprochen wurde. Na, der hl. Joseph hat mich in dieser großen Not nicht verlassen. Seiner Hilfe und der geschickten Operation eines Wundarztes verdanke ich die Heilung.

„Darum geht alle zu Joseph“, sagt „Der Arbeiter“ als Leitthema der großen Schafherde. Es geht nichts über die Erziehung des katholischen Volkes. Ziehen Rippen hat der hl. Joseph dem armen Manne zweimal brechen lassen und was mit dem Schädel des Verunglückten geschah, ist auch nicht von ohne. Aber der hl. Joseph rettete ihn vom Tode freilich mit Hilfe der geschickten Operation eines Wundarztes. Es scheint, als hätte der Verunglückte diesem mehr zu verdanken als dem Heiligen, der ihn nicht einmal vor den Schädel- und Rippenbrüchen zu schützen vermochte.

Die spanischen Buchdrucker hielten im Dezember ihre Generalversammlung ab und beschafften sich in erster Linie dort mit der Beschäftigung der Affordarbeit und mit den Sekundärdarben. An diesen sollen nur noch gelebte Buchdrucker zugelassen werden, das Berechnen will man dagegen noch beibehalten. Ein weiterer Beschluß verbietet die Aufnahme von Kollegen in den Verband, die gleichzeitig noch Mitglieder eines katholischen Kirzels sind. Die Vorstände jener konfessionellen Vereine waren bisher zu gut und zu zettig über die inneren Angelegenheiten im Verbandsrat informiert. So hat man diesen Uebelstand radikal beseitigt. Die verstorbenen Berufsranketten möchte man in das Unfallversicherungsmassegeß eingeschlossen wissen und eine Kommission wird einen diesbezüglichen Bericht ausarbeiten, der allen Kammerdeputierten und der Regierung überreicht wird. Ein ganz unverständlicher und sehr bedenklicher Beschluß ist über das Verbandsorgan gefaßt worden, das von nun an nicht mehr monatlich, sondern vierteljährlich erscheinen wird. Der nächste Kongress findet 1914 statt.

Redaktionschluss für die nächste Nummer ist am Montag, den 18. März 1912.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 11.

Berlin, den 16. März 1912.

18. Jahrgang.

Aus der Invaliden-Versicherung.

k. r. Die nach dem früheren Invalidenversicherungsgesetz vorgesehene Erstattung der Beiträge im Falle der Verheiratung, des Todes oder infolge eines Unfalles ist mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, 1. Januar 1912, in Wegfall gekommen.

Nun sieht das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung noch gewisse Uebergangsbestimmungen vor. Hierauf, sowie auf die Beitragserstattung überhaupt soll in Nachstehendem kurz eingegangen werden.

Zunächst kommt hier die Beitragserstattung in Heiratsfällen in Betracht. Dieselbe ist seit dem 1. Januar 1912 bedingungslos weggefallen und können dementsprechende Anträge jetzt nicht mehr gestellt werden. Im Falle der Verheiratung kann den Frauen nur der dringende Rat erteilt werden, weiter zu leben. Es genügt hierzu die Verwertung von 20 Marken der niedrigsten Klasse (a 16 Pf.) innerhalb zweier Jahre. Es ist aber streng darauf zu achten, daß die Karte jedesmal vor Ablauf von zwei Jahren zum Austausch vorgelegt werden muß. Die Reichsversicherungsordnung hat den Frauen bekanntlich die Witwen- und Waisenversicherung gebracht. Zwar erhält die Frau nicht gleich beim Tode des Mannes die Witwenrente, sondern leider erst, wenn sie invalide wird, d. h. wenn sie nicht mehr ein Drittel des für Frauen ortsüblichen Tagelohnes verdienen kann. Die Hinterbliebenenfürsorge wird übrigens auch nur gewährt, wenn der Verstorbene zur Zeit seines Todes die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten hat. Frauen, die nun nach der Verheiratung weiter leben, erhalten, wenn der Mann sterben sollte, als Witwen außerdem noch ein einmaliges Wittwengeld und, wenn Kinder unter 15 Jahren vorhanden sind, steht diesen bei Vollendung des 15. Jahres eine Waisenaussteuer zu. In diesem Falle muß die Witwe zur Zeit der Fälligkeit der Bezüge auch für ihre Person die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten haben. Um sich das Wittwengeld und die Waisenaussteuer zu sichern, empfiehlt es sich für die sich verheiratenden Frauen, die freiwillige Weiterversicherung auf sich zu nehmen. Als Wittwengeld wird der zwölffache Monatsbetrag der Witwenrente, als Waisenaussteuer der achtfache Betrag der bezogenen Waisenrente gewährt.

Die Beitragserstattung kommt nun weiter noch bei Todesfällen in Betracht. Wenn nämlich eine männliche Person, für welche mindestens für 200 Wochen Beiträge entrichtet worden sind, verstirbt, bevor ihr eine die Rente bewilligende Entscheidung zugestellt ist, so steht der hinterlassenen Witwe, oder, falls eine solche nicht vorhanden ist, den hinterlassenen ehelichen Kindern unter 15 Jahren ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für den Verstorbenen entrichteten Beiträge zu. Wenn eine weibliche Person, für welche mindestens 200 Wochenbeiträge entrichtet worden sind, verstirbt, bevor ihr eine die Rente bewilligende Entscheidung zugestellt worden ist, so steht den hinterlassenen vaterlosen Kindern unter 15 Jahren ebenfalls ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für die Verstorbene entrichteten Beiträge zu. Ein gleicher Anspruch steht unter denselben Voraussetzungen den hinterlassenen, noch nicht 15 Jahre alten Kindern einer solchen weiblichen Person zu, deren Ehemann sich von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und sich der Pflicht der Unterhaltung entzogen hat. War die weibliche Person wegen Erwerbsunfähigkeit ihres Ehemannes die Ernährerin der Familie, so steht ein Erstattungsanspruch nur dem hinterlassenen Witwer zu. Der Erstattungsanspruch muß bei Vermeidung des Ausschusses in den hier genannten Fällen vor

Ablauf eines Jahres nach dem Tode des Verstorbenen erhoben werden. Nach dem Artikel 75 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung behält die Bestimmung der einjährigen Frist zur Stellung des Erstattungsantrages bei Todesfällen noch Geltung für die Erstattung der Beiträge für Personen, welche vor dem 1. Januar 1912 gestorben sind. Tritt der Todesfall vom 1. Januar 1912 ab ein, dann hört auch hier die Beitragserstattung auf.

Endlich ist nun noch darauf zu verweisen, daß versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig werden und denen für die Zeit des Bezugs der Invalidenrente ein Anspruch auf Invalidenrente nicht zusteht, auf ihren Antrag die Hälfte der für sie entrichteten Beiträge zu erstatten ist. Der Anspruch in diesem Falle kann innerhalb zwei Jahren nach dem Unfall gestellt werden. Diese Frist gilt noch für alle diejenigen, welche vor dem 1. Januar 1912 dauernd erwerbsunfähig geworden sind. Somit hätte jemand, der z. B. am 15. Dezember 1911 verunglückt wäre, zur Stellung des Antrages noch Zeit bis zum 15. Dezember 1913. Ehe man solchen Antrag stellt, hole man aber den Rat eines Sachverständigen (Arbeitssekretärs usw.) ein. Bessert sich nämlich der Zustand des Empfängers der Unfallrente, so daß die Unfallrente geringer wird als die Invalidenrente oder ganz fortfallen würde, so können Ansprüche aus der Invalidenversicherung nur durch Erfüllung der in der Reichsversicherungsordnung vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt werden. Diese aber sind eine Wartezeit von circa vier Jahren, also Verwertung von mindestens 200 Marken, wovon auch noch 100 auf Grund der Versicherungspflicht geleistet sein müssen, andernfalls 500.

Der achte Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910.

Die Herausgabe dieses Berichtes ist zeitiger erfolgt als in den Vorjahren. Soll sein Zweck wirklich erreicht werden, so ist es notwendig, den Beschluß der letzten internationalen Konferenz der Vertreter der Landeszentralen auch durchzuführen. Das ist geschehen. Der Bericht ist noch vor Schluß des dem Berichtsjahre folgenden Jahre erschienen, ohne Rücksicht darauf, ob die Berichte aller Landeszentralen zur Stelle waren. Nur durch eine möglichst zeitige Veröffentlichung des Berichtes wird erreicht, die Gewerkschaften aller Länder fortlaufend über den Stand der internationalen Gewerkschaftsorganisation zu informieren und Anregungen an der Hand der Einzelberichte zum Ausbau der Organisation des eigenen Landes zu geben. Der Bericht für 1909 konnte erst im März 1911 abgeschlossen werden, nicht eher waren alle Berichte zur Stelle. Unter der schnelleren Herausgabe des letzten Berichtes hat allerdings seine Vollständigkeit gelitten. Er wurde am 29. November 1911 abgeschlossen und ihm fehlen die Einzelberichte aus Belgien, Rumänien und den Vereinigten Staaten. Die bulgarische Landeszentrale war von der letzten Konferenz so lange ausgeschlossen worden, bis sie eine Einigung im eigenen Lande herbeigeführt hat. Darum ist auch der bulgarische Bericht diesmal fortgeblieben. Zwar hatten beide Landeszentralen Berichte eingeleitet, sie zeigten aber erhebliche Differenzen in ihren Angaben. Es ersuchen, einen gemeinsamen Bericht aufzustellen, lehnten beide ab und so unterließ jede Berichtveröffentlichung. Schon für 1909 hatten die Länder, von denen Einzelberichte dieses Mal fehlen, nicht die erforderlichen Einzelangaben gemacht, um ein ausreichend orientierendes Gesamt-

bild zu geben. Dazu ist nötig die Angabe der Zahl der für die Gewerkschaftsbewegung in Betracht kommenden Arbeiter, der Zahl der insgesamt in dem Lande gewerkschaftlich Organisierten und der Summen der Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften nebst näheren Ausweises über die hauptsächlichsten Ausgaben. Ferner ist die Angabe über die Höhe der Beiträge von Wichtigkeit. Dem vorliegenden Bericht mangelt leider noch die Vollständigkeit in Bezug auf den Überblick über die gesamte internationale Gewerkschaftsbewegung.

In dem Bericht wird bedauert, daß von den 19 Landeszentralen sieben nicht einmal Angaben über die eigene Klassenführung gemacht haben, trotzdem doch die Abrechnungen den Landeskongressen vorgelegt werden müssen. Solange in den Berichten so viele Lücken vorhanden sind, wird die Vergleichsmöglichkeit hinsichtlich der Leistungen in den einzelnen Ländern sehr in Frage gestellt. Die Berichte müssen so gestaltet sein, daß man sich in wenigen Minuten über den Stand der Gesamtbewegung unterrichten kann. Gewiß, es ist nicht bei den Gewerkschaften in allen Ländern die gleiche Steigung vorhanden, Gewerkschaftsstatistik zu treiben. Manche Landeszentrale mag dem Zahlenmaterial keine wesentliche Bedeutung beilegen. Die Erfahrung in den Ländern, in denen der Statistik große Bedeutung beigelegt wird, hat aber gelehrt, daß die statistischen Arbeiten diese Bedeutung verdienen. Sie haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter darüber belehrt, was ist und ihnen gezeigt, wo einzusetzen ist, Fehlendes zu schaffen, Mangelhaftes zu bessern. Es ist kein Zufall, daß die Gewerkschaften in den Ländern, in denen die Gewerkschaftsstatistik gepflegt wird, die größere innere Festigkeit aufweisen. Es sind eben die Lehren der Statistik, die bei der Arbeiterschaft die erforderliche Erkenntnisreife herbeigeführt haben. Selbst die Landeszentralen, die glauben, diese Erkenntnis durch Anwendung anderer Methoden herbeiführen zu können, sollten bestrebt sein, das erforderliche Material für den internationalen Bericht herbeizuschaffen. Es kann doch nur in ihrem Interesse liegen, eine Vergleichsmöglichkeit über die Latkraft und Leistungsfähigkeit für die Gewerkschaften aller Länder herbeizuführen.

In dem Bericht für 1909 war angegeben, daß in den Ländern, für die Zahlen veröffentlicht worden sind, insgesamt 9 845 243 Gewerkschaftsmitglieder vorhanden waren, gegenüber 9 308 157 im Jahre 1908. Wenn für die Länder, von denen Berichte für 1910 nicht vorliegen, die Zahlen des Vorjahres eingestellt werden, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 10 089 430 Gewerkschaftsmitgliedern. Von diesen entfallen auf

	Zns- gesamt	Der Landes- zentrale an- geschloffen
England	2 347 461	710 994
Frankreich	977 350	400 000
Belgien	138 928	102 511
Niederlande	143 850	44 120
Dänemark	123 864	101 568
Schweden	121 180	85 108
Norwegen	47 453	46 897
Finnland	24 928	15 514
Deutschland	2 658 144	2 017 298
Oesterreich	451 232	400 565
Bosnien-Herzegowina	6 269	6 088
Kroatien-Slawonien	6 805	5 108
Ungarn	86 778	86 478
Serbien	7 418	7 418
Rumänien	8 515	8 515
Schweiz	98 797	63 868
Italien	783 538	859 888
Spanien	40 984	40 984
Vereinigte Staaten	1 710 493	1 710 493
Zusammen	9 808 927	8 212 406

Zu den vorgenannten Ländern sind noch Bulgarien mit 18 753, Auftratten mit 239 293 und Argentinien mit 22 457 Gewerkschaftsmitgliedern, zusammen 280 503 (nach dem Stande des Jahres 1909) hinzuzufügen.

Dem internationalen Sekretariat gehörten an 1904: 12 Landeszentralen mit 2 333 261 Mitgliedern, 1905: 11 " " 2 791 453 " 1906: 12 " " 3 222 252 " 1907: 15 " " 3 976 652 " 1908: 19 " " 5 944 262 " 1909: 20 " " 6 008 262 " 1910: 19 " " 6 212 406 "

Der Anschluß der australischen Gewerkschaften ist noch nicht vollzogen worden. Die kanadischen Gewerkschaften gehören größtenteils der American Federation of Labor, der Landeszentrale der Vereinigten Staaten, an.

Die leider nur sehr unvollständigen Angaben über Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften erstrecken sich auf 14 Länder mit 5 315 402

ihren Behauptungen, die Gewerkschaften nehmen von den Arbeitern hohe Beiträge, ohne eine entsprechende Gegenleistung zu bieten, ihnen diese Waſſe aus der Hand zu nehmen. In Wahrheit sind die Gewerkschaftsbeiträge im Verhältnis zu den Leistungen der Gewerkschaften an Unterstützung aller Art sehr niedrig bemessen. Auf dem Unterstützungsgebiet ist die Leistung der Gewerkschaften im Verhältnis zu den gezahlten Beiträgen weit höher als die irgendeiner staatlichen oder privaten Versicherungsunternehmung. Dazu kommen die Lohnerhöhungen, die bei Führung einer guten Gewerkschaftsstatistik im Gesamtbetrage nachweisbar sind und in Vergleich mit der Beitragsleistung gestellt werden können. Nicht zahlenmäßig berechenbar ist der Wert der Arbeitszeitverkürzung, die sonstigen ideellen Güter nicht zu rechnen, die von den Gewerkschaften den Arbeitern errungen werden.

Eine Uebersicht über die Höhe der Beitragsleistung gibt nachstehende Tabelle:

Es zählten einen Jahresbeitrag von	Zahl der Mitglieder der Landeszentrale in														Insgesamt Mitglieder		
	Dänemark		Schweden		Norwegen		Deutschland		Oesterreich		Bosnien-Herzegowina		Ungarn			Schweiz	
	Anzahl	In Proz.	Anzahl	In Proz.	Anzahl	In Proz.	Anzahl	In Proz.	Anzahl	In Proz.	Anzahl	In Proz.	Anzahl	In Proz.		Anzahl	In Proz.
unter 10	1999	2,14	2455	2,89	16	0,04	7986	0,40	6291	1,57	888	14,30	4368	0,50	7799	13,27	31724
10-15	2912	2,11	4250	4,98	170	0,37	56040	2,78	120208	30,00	1296	21,25	23357	27,78	7772	13,23	215095
16-20	17543	19,37	5837	6,89	1397	3,01	130719	6,48	105391	26,32	1223	20,21	9926	11,48	7552	12,85	279643
21-25	8440	9,32	25493	29,86	1737	3,74	81621	4,05	92259	23,04	1947	32,23	33352	38,87	17296	29,44	261545
26-30	14670	16,19	6267	7,34	1513	3,26	50125	24,85	51254	12,79	929	15,30	—	—	1614	2,75	57732
31-35	5338	6,17	5667	6,63	493	1,06	402142	19,93	2898	0,73	380	6,71	—	—	352	0,60	41797
36-40	14393	15,89	9439	11,05	21375	46,07	68393	34,15	—	—	—	—	—	—	11747	20,00	745321
41-45	2941	3,25	2854	3,34	1033	2,23	16624	0,79	3454	0,86	—	—	—	—	629	1,06	26855
46-50	4353	4,81	211	0,24	1508	3,25	29767	1,47	—	—	—	—	—	—	—	—	35789
51-55	5421	5,98	22865	26,78	2129	4,59	21404	1,06	3153	0,79	—	—	—	—	260	0,30	55232
56-60	4118	4,55	—	—	1041	2,24	1436	0,07	—	—	—	—	—	—	—	—	6595
61-65	733	0,81	—	—	2759	5,95	2243	0,11	675	0,16	—	—	—	—	285	0,32	6695
66-70	740	0,82	—	—	724	1,56	56	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1520
71-75	2544	2,81	—	—	8037	17,32	60923	3,02	—	—	—	—	—	—	—	—	71504
76-80	1119	1,23	—	—	—	—	16780	0,83	—	—	—	—	—	—	—	—	13879
81-85	289	0,32	—	—	1002	2,16	170	0,01	—	—	—	—	—	—	—	—	1461
86-90	248	0,27	—	—	—	—	—	—	14982	3,74	—	—	—	—	—	—	18542
91-95	1684	1,86	—	—	—	—	62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2202
96-100	140	0,15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	140
101-105	850	0,94	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10269
106-110	319	0,35	—	—	1413	3,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1732
111-115	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
116-120	600	0,66	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	600
121-125	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
126-130	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
über 130	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa	90582	100,0	85387	100,0	46397	100,0	2017298	100,0	400563	100,0	6068	100,0	81740	100,0	58755	100,0	2786792

Mitgliedern. Es fehlen Angaben für fünf Länder mit rund 4 500 000 Mitgliedern. Die Teilangaben haben ihrer Unvollständigkeit wegen nur einen geringen Wert. Es wurde insgesamt in den Gewerkschaften dieser 14 Länder eingenommen 148 635 057 Mk. und 140 010 680 Mk. ausgegeben. Der Vermögensbestand betrug am Jahreschluß 1910 bei den Gewerkschaften von England, den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Oesterreich, Bosnien-Herzegowina, Kroatien-Slavonien, Ungarn, Serbien, der Schweiz und Italien 187 991 935 Mk. Für Unterstützungen wurden 69 694 503 Mk., für Streiks und Aussperrungen 27 862 400 Mk. verausgabt. An erster Stelle steht die Arbeitslosenunterstützung mit 29 416 312 Mk., dann folgen Krankenunterstützung mit 21 229 155 Mk., Jubiläumunterstützung mit 8 671 314 Mk., Reiseunterstützung mit 4 186 499 Mk., Sterbegeld mit 3 734 427 Mk. und sonstige Unterstützung mit 2 456 796 Mk. Die höchste Ausgabe für Streit und Aussperrung hatte, wie schon in den Vorjahren, Deutschland. Hier wurden für Streikende und Aussperrte 21 992 714 Mk. ausbezahlt, in England nur 3 161 816 Mk. In allen andern Ländern erreichte diese Aufwendung nicht die Höhe von einer Million Mark.

Ueber die Höhe der geleisteten Beiträge haben nur Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Bosnien, Ungarn und die Schweiz berichtet. Im Bericht heißt es hierzu: Hier aber wäre für die Gewerkschaften ein dankbares Feld der Betätigung gegeben. Es handelt sich dabei nicht nur darum, den Gewerkschaften mit geringen Beiträgen zu zeigen, welche Opfer von den Gewerkschaftsmitgliedern in andern Ländern gemacht werden und sie zur Nachahmung anzuregen. Es kommt auch darauf an, den Feinden der Arbeiterbewegung gegenüber

Nach dieser Zusammenstellung zählten 526 402 (19,14 Proz.) Mitglieder einen Jahresbeitrag bis zu 20 Frank, 2 002 545 (71,36 Proz.) Mitglieder einen Beitrag über 20 bis 40 Frank und 257 845 (9,50 Proz.) Mitglieder einen höheren Beitrag.

Für das Jahr 1910/11 wurden für 6 033 500 Mitglieder 9057,69 Mk. Beiträge an das Internationale Sekretariat übermittelt. Die Abrechnung des internationalen Sekretärs für 1910/11 weist 13 330,16 Mk. Einnahmen und 9604 Mk. Ausgaben sowie 3725,26 Mk. Kassenbestand auf.

An der Berichterstattung der einzelnen Landeszentralen haben sich Belgien, Rumänien und die Vereinigten Staaten nicht beteiligt. Der bulgarische Bericht wurde nicht veröffentlicht.

(Schluß folgt.)

Rundschau.

Zur Nachahmung kann eine von sozialer Einsicht zeugende Tat der Firma W. Brummer in Dresden manchem Prinzipal empfohlen werden. Die Inhaber bewilligten ihrem gelehrten und ungelerten Personal anlässlich des 50-jährigen Geschäftsjubiläums einen namhaften Geldbetrag und auch Ferien: nach ein- bis fünfjähriger Tätigkeit im Geschäft drei Tage und nach fünf Jahren sechs Tage. Es kam allerdings manchem Unternehmer nicht klar gemacht werden, daß er sich durch wirtschaftliche Wohlfahrtsrichtungen und Erfüllung billiger Wünsche seiner Angestellten nur einen Stamm williger und fleißiger Arbeitskräfte sichern kann.

Für eine Arbeitslosenversicherung hat der Nürnberger Magistrat bei der Beratung des Haushaltsplanes beschlossen, 30 000 Mk. in den Etat für 1912 einzustellen. An diesen Beschluß wurde jedoch die Bedingung geknüpft, daß die

bayerische Regierung mindestens den gleichen Betrag für diesen Zweck auswerfe. Und das ist noch gar nicht sicher, obgleich der frühere bayerische Minister des Innern ein dahingehendes Versprechen bereits abgegeben hat. Sein Nachfolger braucht noch lange nicht zu halten, was ein vormaliger Regierungsvertreter versprochen hat. Das neue ultramontane Ministerium ist von der Zentrumsparlei genau so abhängig wie das alte und die Zentrumsparlei ist für die Arbeitslosenversicherung noch nie recht eingetreten und hat trotz scheinheiliger Redensarten für die Sache ihre Einführung in die Praxis stets erfolgreich zu verhindern gewußt. Die Nürnberger Arbeiterchaft wird daher wohl noch geraume Zeit warten müssen, bis die beschlossene Arbeitslosenversicherung in Kraft tritt.

Steuerpflicht und Verbandsbeiträge. Das Einkommen des Arbeiters wird zur Berechnung seiner Steuerleistung bis auf den letzten Pfennig herangezogen. Er soll daher nicht vergessen und nicht unterlassen, alle gesetzlich ihm zustehenden Abzüge von seinem Jahresverdienst bei etwaigen Reklamationen mitanzugeben. Den Abzug von Organisationsbeiträgen haben viele Steuerbehörden nur dann zugelassen, wenn der Anspruch auf Leistung der Gewerkschaften gerichtlich eintragbar ist. Diese Auslegung beruhte auf einem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichtes, ist aber nach einer neueren Entscheidung nicht aufrechtzuerhalten. Der Vorsitzende der Berufungskommission bei der königlichen Regierung zu Düsseldorf hat jetzt entschieden, daß allerdings ein Anspruch, also eine unter bestimmten Voraussetzungen eintretende Verpflichtung der Berufsorganisation oder ähnlicher Klassen zu Leistungen vorliegen muß, es aber ohne Belang sei, ob der Anspruch im Rechtsweg verfolgt ist oder ob die Entscheidung unter Ausschluß jedweden Rechtsweges einer anderen Instanz (Vorstand, Generalversammlung, Schiedsgericht) übertragbar ist. Man soll es also wenigstens oder vor allem in Preußen versuchen, einen Teil der Verbandsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen als abzugsfähig anerkannt zu bekommen. Denn die Verbandsleistungen erfolgen ja zum größten Teil auch im öffentlichen Interesse und der berechtigte Anspruch durch obenbenannte Instanzen ist in unserer Organisation gesichert.

Gewerkschaftsvertreter im neuen Reichstag. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird im Parlament diesmal durch 32 ihrer Mitglieder vertreten. Diese Zahl ist bisher noch nicht erreicht worden. 6 Mitglieder gehören allein der Generalkommission an, und zwar die Genossen Legien, Bauer, Robert Schmidt, Silberstein, Sachse und Schumann. Von den Bergarbeitern ist Genosse Hue leider unterlegen, der Bergarbeiterverband ist also nur durch seinen Vorsitzenden, den schon erwähnten Genossen Sachse, vertreten. Der bewährte Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Genosse Bömelburg, steht im neuen Reichstag, er konnte seiner Krankheit wegen nicht mehr kandidieren. Mitglieder dieser Gewerkschaft sind in der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Silberstein, Hüttnann und Thöne. Zu Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes gehören außer den bereits genannten Genossen Legien und Robert Schmidt die Abgeordneten Reil, Nozke, Schöpflin, Dittmann und Hafenzahl. Vom Metallarbeiterverband ist Genosse Severing gegen den Grafen Posadowsky sehr bebauerlichweise unterlegen. Aber die Berliner Gewerkschaftskommission wird wieder durch ihren Angehörten, den Genossen Körten, vertreten, der schon von 1903-1906 M. d. R. war. Er und auch die Abgeordneten Spiegel, Brandes und Hierl sind Metallarbeiter. Zu den Brauereiarbeitern gehört der Genosse Käppler und die Bureauangestellten werden vertreten durch den schon genannten Genossen Bauer und ihren Vorsitzenden Siebel. Vom Fabrikarbeiterverband wurde wieder der Vorsitzende Brey und vom Glasarbeiterverband der Redakteur Horn in den Reichstag gewählt. Die Organisation der Schuhmacher hat drei Mitglieder im Parlament, den Redakteur Bod, der 1907 in Gotha durchfiel, den Vorsitzenden Simon, der in Hof gewählt wurde, und den Gavourfischer Haupt. Zu dem Abgeordneten Geier, Redakteur des „Tabakarbeiter“, gesellt sich sein Kollege, der Verbandsvorsitzende Reichmann. Fünf Abgeordnete gehören dem Textilarbeiterverband an. Es sind dies die Genossen Vauder, Feldmann, Jäckel, Krähig und Rahn. Der bereits genannte Genosse Schumann und der Abgeordnete Vauder sind Mitglieder des Transportarbeiterverbandes.